

München

## Ganz dicke Bretter

Eine Initiative der Münchner Bezirksausschüsse und des Bundes Naturschutz hat den Stellenwert des Baumschutzes verbessert. Die große Lösung aber ist bei der Stadt noch nicht in Sicht, die Initiatoren sprechen von "Etappenzielen"

VON BIRGIT LOTZE

**München** - Einen Masterplan zur Luftreinhaltung hat der Stadtrat im Juli beschlossen, einen Masterplan für Münchens Bäume, wie der Bund Naturschutz ihn fordert, gibt es noch nicht. Dabei verliert die Stadt nach Berechnungen von Naturschützern mehr als 2000 Bäume jährlich - in Zeiten des Klimawandels "ein totales Drama", sagt Christian Hierneis, der Vorsitzende des Münchner Ablegers des Bundes Naturschutz (BN). Die Klimaerwärmung und die gleichzeitige massive Versiegelung heizten den Münchnern kräftig ein, warnt Hierneis. In der Stadt könnten die Temperaturen künftig um acht Grad höher liegen als im Umland.

Stadtviertel-Vertreter und der BN hatten sich für den Baumschutz vor drei Jahren zu einer Arbeitsgruppe zusammengeschlossen und die Stadt zu mehr "vorausschauender Daseinsvorsorge" aufgefordert. Im vergangenen Jahr hatten sie ein 21 Punkte umfassendes Antragspaket vorgelegt. Jeder Baum sei wichtig für das Stadtklima. Die Stadt solle den Baumbestand planen, aktiv ein nachhaltiges Baummanagement aufbauen. Ein Masterplan müsse her, so die zentrale Forderung.



Trotz des erwiesenen Nutzens für das Klima gibt es Jahr für Jahr Tausende weniger Bäume in München: weil sie einem Baukörper im Weg standen oder einfach nicht nachgepflanzt wurden. Foto: Alessandra Schellnegger

Am Freitag zogen die Initiatoren Bilanz. Rüdiger Schaar vom Bezirksausschuss Pasing-Obermenzing sprach von "Etappenzielen", die die Arbeitsgruppe erreicht habe, wenn auch der Masterplan noch ausstehe. Gewürdigt wurde, dass sich die Stadtverwaltung offensichtlich Mühe mit den Antworten gegeben habe. Doch die Antworten zeigten, dass die Stadt den Ernst der Lage noch nicht erkannt habe, sagte Schaar. Nach wie vor gebe es deutliche Defizite: Der Baumbestand habe sich verringert, die Bautätigkeiten hätten Grundstücke oft regelrecht ausgeräumt, Baurecht werde voll ausgenutzt. Ein aktiver Gestaltungswille durch die Stadt sei nicht erkennbar. Ein Umschwung von einem schwindenden Baumbestand zur Vermehrung, zu einem aktiven Aufbau, sei nicht in Sicht.

Der Verlust von Bäumen sei bislang nicht gestoppt, so Schaar: Private könnten Ersatzpflanzungen entgehen, und die Baumschutzverordnung gelte zwar in bebautem Gebiet, jedoch nicht in Parks. Baumpflanzungen seien immer noch nicht zwingender Bestandteil von Baugenehmigungen - ähnlich zur Stellplatzvorgabe für Autos soll es nach dem Antragspaket der Arbeitsgruppe aus Lokalpolitikern und der Naturschützer eine Pflanzvorgabe für Bäume geben. Auch sehe die Stadt bislang keine Möglichkeit, mit einer Erhaltungssatzung, wie sie für Milieuschutz in Wohngebieten gilt, vorhandene private Grünflächen vor einer Überbauung zu schützen. Das sei vereinzelt, zum Beispiel bei prägenden Teilen eines Stadtteils, aber nicht generell möglich, heißt es in der Antwort der Stadt.



Im Bebauungsplan für den Domagkpark war vorgesehen, dass alle zwölf bis 15 Meter ein Baum gepflanzt wird. Jetzt heißt es: alle 30 Meter. Foto: Alessandra Schellnegger

Auch der geforderte Baumkataster ist nicht auf den Weg gebracht. Die Verwaltung habe auf den immensen Aufwand verwiesen. "Vielleicht brauchen wir da auch mehr Personal", so Schaar. Und eine Studie, in der die klimarelevanten Wirkungen gezielter Baumpflanzungen untersucht würden, sei nicht in Auftrag gegeben.

Bewegt habe sich die Stadt in Hinblick auf die Tiefgaragen-Satzung. Sie habe zugesichert, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu überprüfen. Die Arbeitsgruppe hatte gefordert, die Ausmaße von Tiefgaragen zu beschränken, vor allem deren "Auskoffern" zu vermeiden. Dabei geht es darum, dass die Garagen nicht breiter ausfielen als die darüberliegenden Baukörper. Ein weiteres Problem sei, dass die Bodenbedeckung mit Erde oft so gering sei, dass keine Bäume wachsen könnten. Auch mit der Forderung, dass mehr sogenannte Grenzbäume zwischen zwei Anwesen gepflanzt werden, ist man laut Schaar weitergekommen: Die Stadt will ein Konzept für eine Bezuschussung vorbereiten.

Bei den Ersatzpflanzungen tut sich ebenfalls etwas. Problematisch sei vor allem, dass diese kaum kontrolliert würden und man sich der Nachpflanzung durch eine geringe Ausgleichzahlung entziehen könne, sagte Schaar. Die Stadtverwaltung wolle sie künftig protokollieren und einen Überblick herstellen. Auch will man besser nachschauen und 60 Prozent der Ersatzpflanzungen kontrollieren. In der Resümee-Versammlung gab es dazu einen weiteren Vorschlag: Einen Anreiz für Ersatzpflanzungen könnten Kautionen bieten, die man schon vor der eigentlichen Pflanzung hinterlegen müsse.

Die Stadtviertel-Vertreter und der Bund Naturschutz wollen am grünen Masterplan dranbleiben. Eine Auflösung der Gruppe hat niemand befürwortet. Als "Kommunikationspunkt" für den Baumschutz habe sich das Gremium als wichtig erwiesen, sagte ein Lokalpolitiker. Die Diskussion um den Baumschutz sei verstärkt auf den Weg gebracht worden.

